



Nummer 24

Januar 2019

Die meisten deutschen Mainstream – Medien diffamieren die Rebellion der französischen Bewegung der Gelbwesten als Straßenterror, mit dem die französische Regierung konfrontiert sei.

Das ist ihre Solidarität mit den Interessen der französischen und der deutschen Bourgeoisie.

Wir informieren über die Forderungen, die die Gelbwesten an die Abgeordneten der Nationalversammlung Frankreichs richten, „um sie in Gesetze zu fassen“. Das ist **unsere Solidarität** mit der Bewegung der französischen **Gelbwesten** – wir als Internationalisten / Mitglieder des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V.:

Die Forderungen lesen sich als ein Ruf der Verzweiflung im Würgegriff des Kapitals:

„*Schluss mit Obdachlosigkeit: DRINGEND

*Höhere Progression der Einkommenssteuer (mehr Stufen)

***Anhebung des Mindestlohnes auf 1.300 Euro netto**

*Mehr Unterstützung für die kleinen Geschäfte in den Dörfern und Stadtzentren. Schluss mit dem Bau von großen Gewerbebezonen rund um die Großstädte, die nur den Einzelhandel abwürgen. Für mehr kostenlose Parkplätze in den Stadtzentren.

*Masterplan für die Isolieren von Wohnungen (Ökologie betreiben und zugleich den Haushalten Einsparungen ermöglichen)

***Die GROSSEN (Mc Donald's, Google, Amazon, Carrefour ...) sollen viel Steuern zahlen und die KLEINEN (Handwerker, Klein- und Mittelbetriebe) sollen weniger zahlen müssen**

***Für ein gleiches System der Sozialversicherung für Alle** (auch Handwerker und kleine Selbständige eingeschlossen. Abschaffung der gesonderten Sozialversicherung für Selbständige (RSI)

***Das Rentensystem muss solidarisch und gesellschaftsfähig bleiben. Keine Rente nach Punkten.**

*Schluss mit den Steuererhöhungen auf Kraftstoffe.

***Keine Rente unter 1.200 Euro.**

***Jeder gewählte Abgeordnete hat nur Anrecht auf den Medianlohn.** Seinen Reisekosten werden überwacht und nur dann erstattet, wenn sie gerechtfertigt waren.

***Die Löhne aller Franzosen sowie die Renten und andere Zuteilungen müssen an die Preisentwicklung angepasst werden.**

*Die französische Industrie schützen: Verbot von Betriebsverlagerungen; auch Schutz des Know-hows und der Arbeitsplätze.

***Schluss mit der Entsendung von Arbeitnehmern. Wer in Frankreich arbeitet hat gleiche Rechte wie ein französischer Staatsbürger. Französische Arbeitgeber müssen für in Frankreich Arbeitende gleiche Abgaben entrichten wie für französische Staatsbürger.**

*Zur Sicherung der Beschäftigung: wir wollen mehr unbefristete Arbeitsverträge

- ***Ende der Austeritätspolitik.** Schluss mit der Zahlung von Zinsen auf Schulden und Ausplünderung der Armen
- ***Die Ursachen für erzwungene Migration offen legen.**
- ***Asylbewerber müssen human behandelt werden. Sie gaben Recht auf Wohnung, Sicherheit, Ernährung sowie Bildung für die Minderjährigen.** In Zusammenarbeit mit der UNO Aufnahmelager bis zum Abschluss des Asylverfahrens in zahlreichen Ländern eröffnen.
- *Rückführung abgelehnter Asylbewerber in ihr Ursprungsland.
- *Umsetzung einer wirklichen Integrationspolitik. In Frankreich leben heißt französische Bildung in Sprache, Geschichte und Bürgerkunde mit Abschlusszeugnis.
- *Einführung eines Maximallohne von 15.000 Euro.
- ***Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose.**
- *Erhöhung der Behindertenzulagen.
- ***Mietbegrenzungen, Bereitstellen von Sozialwohnungen – insbesondere für Studenten und prekär Beschäftigte.**
- *Verbot des Verkaufs von französischem Volkseigentum (Staudämme, Flughäfen ...)
- *Bereitstellen ausreichender Mittel für öffentliche Aufgaben (Justiz, Polizei, Gendarmerie, Armee ...). Überstunden der Ordnungskräfte müssen bezahlt oder abgefeiert werden.
- *Verwenden aller Mauteinnahmen für Unterhalt von Autobahnen und Landstraßen Frankreichs und die Verkehrssicherheit.
- *Gas- und Elektrizitätswerke in öffentliches Eigentum zurückführen. Senken der Preise.
- *Sofortiger Stopp der Einstellung öffentlicher kleiner Transportlinien; stopp der Schließung von Postämtern, Schulen, Entbindungsstationen.
- *Wohlergehen für unsere älteren Bürger. Verbot der Gewinnerzielung auf ihre Kosten.
- *Maximal 25 Schüler pro Klasse von der Vorschule bis zur Abschlussstufe.
- ***Volksentscheide in die Verfassung. Schaffung einer Website, auf der Gesetzesvorschläge eingebracht werden können. Mit 700.000 Unterschriften muss die Nationalversammlung handeln. Spätestens 1 Jahr nach Erlangen der Zahl von 700.000 Unterstützern muss Nationalversammlung die Bevölkerung abstimmen lassen.**
- *Rückkehr zu einem 7-Jahresmandat für den Präsidenten der Republik. Wahl der Abgeordneten zwei Jahre nach der Wahl des Präsidenten, um dem Volk Gelegenheit zu einem Signal für oder gegen die Politik des Präsidenten zu geben,
- ***Rente mit 60 Jahren. Recht auf Rente mit 55 Jahren für alle körperlich schwer Arbeitende (Maurer, Schlachthausarbeiter ...)**
- *Verlängerung der Zuschüsse für Kinderbetreuung bis zum 10. Lebensjahr des Kindes.
- *Förderung des Schienengütertransports.
- *Kein Quellensteuerabzug
- *Schluss mit den lebenslangen Bezügen für Alterspräsidenten
- *Verbot der Erhebung einer Gebühr durch Händler, wenn Kunden mit Kreditkarte bezahlen
- *Besteuerung von Schiffsdiesel und Kerosin.

Diese Liste ist nicht vollständig, aber später wird der Wille des Volkes gehört und angewendet werden:
Für das Gesetz zur Durchführung von Volksentscheiden ist Eile geboten.
Abgeordnete, lasst unsere Stimme im Parlament sprechen, gehorcht dem Willen des Volkes, setzt diesen Willen in Gesetze und Anweisungen um.

Die Gelbwesten“

Zitiert nach
Internetz_Zeitung „Manifest der Gelbwesten im Wortlaut.“

Trotz alledem! Thälmannfreunde, kommt am 13. Januar 2019 nach Berlin im Gedenken an die Toten der deutschen Konterrevolution, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und die vielen ermordeten Proletarier und Soldaten. Zeigt Solidarität mit den Forderungen der Gelbwesten!

